

In der Senatssitzung am 21. Februar 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

14.02.2023

Frage L 24

Vorlage für die Sitzung des Senats am 21.02.2023

„Polizei nimmt Drogendealer und Lieferanten fest“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen in der Fragestunde zum Thema „Polizei nimmt Drogendealer und Lieferanten fest“ gestellt:

1. Inwieweit konnte im Falle eines Drogendeals am 01.06.2021 in Bremen-Mitte, als Zivilkräfte der Bremer Polizei einen 24 Jahre alten Drogendealer und seinen 36-jährigen Drogenlieferanten vorläufig festnahmen und die Ermittler Betäubungsmittel und Bargeld beschlagnahmten, der 36 Jahre alte Verdächtige beim Fluchtversuch einen Polizisten am Kopf verletzte, im Fahrzeug des Lieferanten mehrere Verkaufseinheiten Kokain, eine höhere Bargeldsumme und ein Messer sichergestellt wurden und an seiner Wohnadresse ebenfalls Geld und Kokain beschlagnahmten und bei dem 24 Jahre alten Dealer, die Einsatzkräfte weitere Drogen sicherstellten (Polizeimeldung 0417), der Tatverdacht gegen beide Verdächtige erhärtet werden?
2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen (Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe?) und konnte die Tatverdächtigen inhaftiert werden?
3. Inwieweit sind die ermittelten Täter seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen konnten zwei Beschuldigte ermittelt werden.

Das Landgericht hat einen der beiden Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt und Vermögenswerte in Höhe von rund 12.000 EUR eingezogen.

Das Amtsgericht hat den anderen Angeklagten zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt.

Einer der Angeklagten ist seit der Tat drei Mal mit Körperverletzungsdelikten erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten.

Insoweit wurden jeweils entsprechende Ermittlungsverfahren eingeleitet.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die Beschuldigten sind männlich.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Justiz und Verfassung abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 14.02.2023 der mündlichen Antwort auf die Fragen der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.